

LANDTAG  
NORDRHEIN-WESTFALEN  
18 WAHLPERIODE

**VORLAGE**  
**18/1776**

Alle Abgeordneten

Ministerium der Justiz  
des Landes Nordrhein-Westfalen  
Der Minister



Ministerium der Justiz Nordrhein-Westfalen, 40190 Düsseldorf

Seite 1 von 1

18. OKT 2023

Präsident des Landtags  
Nordrhein-Westfalen  
Herrn André Kuper MdL  
Platz des Landtags 1  
40221 Düsseldorf

Aktenzeichen  
5121 - I. 224/RA  
bei Antwort bitte angeben

Bearbeiterin: Frau Mazannek  
Telefon: 0211 8792-362

für die Mitglieder.  
des Rechtsausschusses

**Sitzung des Rechtsausschusses des Landtags Nordrhein-  
Westfalen am 8. November 2023**

Bericht zu TOP „Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des  
Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2024 (Haushaltsge-  
setz 2024)“

**Anlage**

1 Bericht

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident,

zur Information der Mitglieder des Rechtsausschusses übersende ich  
als Anlage einen öffentlichen Bericht zu dem o. g. Tagesordnungspunkt.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Benjamin Limbach

Dienstgebäude und  
Lieferanschrift:  
Martin-Luther-Platz 40  
40212 Düsseldorf  
Telefon: 0211 8792-0  
Telefax: 0211 8792-456  
poststelle@jm.nrw.de  
www.justiz.nrw





**Ministerium der Justiz  
des Landes Nordrhein-Westfalen**

28. Sitzung des Rechtsausschusses  
des Landtags Nordrhein-Westfalen  
am 8. November 2023

Schriftlicher Bericht zu TOP  
„Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes  
Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2024  
(Haushaltsgesetz 2024)“

Fragen der Fraktion der AfD

Herr Abgeordneter Dr. Hartmut Beucker hat namens der Mitglieder der Fraktion der AfD mit Schreiben vom 25.09.2023 Fragen zum Entwurf des Einzelplans 04 des Haushalts 2024 übermittelt. Diese werden wie folgt beantwortet:

### **Fragenblock 1:**

#### „Kapitel 04 210

#### Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit

*Am 01.01.2023 trat das Gesetz zur Reform des Vormundschafts- und Betreuungsrechts in Kraft. Die Reform ist die größte im Betreuungsrecht seit dessen Einführung und der Abschaffung der Entmündigung im Jahr 1992.*

*Ein Ziel war es hierbei auch, die Selbstbestimmung von betreuten Menschen und die Qualität der rechtlichen Betreuung zu stärken. Die Wünsche der Betroffenen, wie die Betreuung zu führen ist, sind nach der Reform noch stärker in den Vordergrund gestellt worden und sollen auch für die Betreuungsgerichte Richtschnur sein.*

*Das neue Betreuungsrecht ist geprägt vom Leitbild der Ehrenamtlichkeit der gesetzlichen Betreuung. Das heißt, dass eine ehrenamtliche Betreuung Vorrang vor einer beruflichen hat. Insbesondere für ehrenamtliche Betreuer ergeben sich im Zusammenhang mit der Reform viele Fragen.*

*Dabei geht es nicht nur um die gesetzlichen Änderungen und deren Auswirkungen auf die Pflichten und Aufgaben, sondern auch um die Frage, wie die gesetzlichen Ziele in der Praxis umgesetzt werden sollen. Angehörige benötigen daher Informationen, Veranstaltungen und Fortbildungen, um Fragen zu klären und offen über die Probleme zu sprechen. Für die Betreuungsgerichte bedeutet die stärkere Orientierung an den Wünschen der Betroffenen ein Mehraufwand, der sich aus der Umsetzung des Gesetzes ergibt.“*

#### **Frage:**

- 1.1. *„Wie viele Männer und Frauen stehen derzeit in Nordrhein-Westfalen unter Betreuung? (Bitte nach Gerichtsbezirken aufschlüsseln)“*

#### **Antwort:**

Die Anzahl der Personen, die derzeit in Nordrhein-Westfalen unter Betreuung stehen, wird im Rahmen der Anordnung über die Erhebung von statistischen Daten in Verfahren des Betreuungsgerichts (B-Statistik) erhoben und wurde in der nachstehenden Anlage 1 aufgeschlüsselt nach Gerichtsbezirken zusammengestellt. Es wird insoweit darauf hingewiesen, dass betreffend die Personen mit Varianten der Geschlechtsentwicklung bislang keine Betreuungsverfahren gemeldet wurden.

#### **Frage:**

- 1.2. *„Wie hat sich die Fallanzahl pro Richter in den Betreuungsabteilungen der Amtsgerichte entwickelt?  
(Bitte für den Zeitraum von 2022 bis zum 31.08.2023 nach Gerichtsbezirken aufschlüsseln)“*

**Antwort:**

Die Entwicklung der Fallanzahl pro Richterin bzw. Richter in den Betreuungsabteilungen der Amtsgerichte seit 2022 wurde in der nachstehenden Anlage 2 zusammengestellt. Hierfür wurde der im Rahmen der B-Statistik erhobene Geschäftsanfall (Neuzugänge Betreuungsverfahren, richterliche Anordnungen und Genehmigungen insbesondere in Unterbringungssachen und richterliche Rechtshilfesachen) dem maßgeblichen Personaleinsatz nach den Personalübersichten (PÜ) gegenübergestellt. Aus der PÜ der Amtsgerichte wurde die Position „Betreuungssachen und Unterbringungssachen Erwachsener“ zu Grunde gelegt. Eine weitergehende Differenzierung, bspw. nur betreffend Betreuungsverfahren, ist auf der Grundlage der vorhandenen statistischen Daten nicht möglich. Statistische Daten für den Zeitraum nach dem 2.Quartal 2023 liegen hier noch nicht vor.

**Frage:**

- 1.3. *„Liegen der Landesregierung erste Einschätzungen der Betreuungsgerichte zu den Auswirkungen der Reform auf die personellen Ressourcen vor und wenn ja, welche Schlussfolgerungen zieht sie daraus?“*

**Antwort:**

Bislang liegen für Nordrhein-Westfalen noch keine Einschätzungen zu Auswirkungen der Reform des Vormundschafts- und Betreuungsrechts auf die Bearbeitungsaufwände bei den Betreuungsgerichten vor. Mit deren sachgerechten Abbildung befasst sich derzeit die für das bundesweite Personalbedarfsbedarfsberechnungssystem zuständige Kommission der Landesjustizverwaltungen für Fragen der Personalbedarfsberechnung. Insoweit bleibt zunächst die Sitzung dieser Kommission im November abzuwarten.

**Frage:**

- 1.4. *„Mit welchen Maßnahmen hat die Landesregierung Betreuungsgerichte, Betroffene und ehrenamtliche Betreuer über reformbedingte Änderungen informiert und bei der Umsetzung der Reform unterstützt?“*

**Antwort:**

Das Fortbildungsprogramm der Justiz wird regelmäßig an aktuelle Anforderungen und Bedarfe angepasst. So hat die Justizakademie des Landes Nordrhein-Westfalen (JAK) für die Angehörigen der Betreuungsgerichte bereits im dritten Quartal 2022 Fortbildungen anlässlich der anstehenden Reform des Betreuungsrechts durchgeführt. Im Rahmen der zentralen Fortbildung der Justiz wurden neben Präsenzseminaren in der JAK auch online-Angebote durchgeführt. Ergänzend hat auch die Deutsche Richterakademie (DRA) - eine von Bund und Ländern gemeinsam getragene Fortbildungseinrichtung - entsprechende Seminare durchgeführt. Im Jahr 2023 wurde und wird das zentrale

Angebot fortgesetzt. Auch für das Jahr 2024 sind Fortbildungen zum Thema „Betreuungsrecht“ in den Fortbildungsprogrammen von JAK und DRA enthalten.

**Frage:**

- 1.5. *„Im Erläuterungsband (S. 29) wird auf eine Expertenhotline hingewiesen, die jeden ersten Donnerstag im Monat von 15:00 Uhr bis 16:30 Uhr erreichbar ist. In welchem Umfang wird diese Beratungsmöglichkeit genutzt? Gab es im Zusammenhang mit der Reform des Betreuungsrechts mehr Anrufe?“*

**Antwort:**

Die Möglichkeit, Expertinnen und Experten zum Thema Betreuungsrecht zu sprechen, wird nach wie vor genutzt. Mit der Reform des Betreuungsrechts wurden nicht vermehrt Anrufe verzeichnet.

**Frage:**

- 1.6. *„Hält das Justizministerium neben der v.g. Hotline und dem Bürgerservice weitere Informationsangebote vor bzw. wird auf externe Unterstützungsangebote hingewiesen?  
Wenn ja, um welche konkreten Hilfen handelt es sich und wie macht die Landesregierung im Einzelnen darauf aufmerksam?“*

**Antwort:**

Im Internet unter der Rubrik „Bürgerservice“ sind sämtliche Angebote für die Bürgerinnen und Bürger aufgelistet, die das Ministerium der Justiz des Landes Nordrhein-Westfalen über ihr NRW-Justizportal anbietet (z.B. Informationen zu den Themen Vorsorgevollmacht, Patientenverfügung, Betreuungsverfügung, Bürgersprechstunde). Aufmerksam wird hierauf regelmäßig über verschiedene Medien (z. B. Websites der Justizeinrichtungen, Social-Media-Kanäle der Justiz NRW) gemacht.

**Frage:**

- 1.7. *„Welche Erkenntnisse hat die Landesregierung über die in § 8 Absatz 2 Betreuungsorganisationsgesetz (BtOG) geregelten Beratungs- und Unterstützungsangebote? Liegen der Landesregierung erste Einschätzungen seitens der Betreuungsbehörden zum Instrument der erweiterten Unterstützung (§ 3a LBtG) vor? Hat die Landesregierung Erkenntnisse über die Entwicklung der Anzahl der Fälle, bei denen eine Betreuungsbestellung vermieden konnte?  
Wird die Landesregierung auf der Grundlage der Erkenntnisse aus dem Forschungsvorhaben (Umsetzung des Erforderlichkeitsgrundsatzes) das Angebot an vorgelegerten niedrighschwelligten Unterstützungs- und Hilfsangeboten analysieren, um den Anteil der unnötigen Betreuungsanordnungen zurückzudrängen?“*

**Antwort:**

Erkenntnisse über die in § 8 Absatz 2 BtOG geregelten Unterstützungsangebote liegen derzeit nicht vor. Hierbei handelt es sich um Ermessensleistungen, die durch die Betreuungsbehörde in geeigneten Fällen erbracht werden können. Die erweiterte Unterstützung im gerichtlichen Verfahren nach § 11 BtOG kommt flächendeckend lediglich in jenen Ländern zur Anwendung, die nicht von der Möglichkeit einer Erprobung dieser neuen Leistung in Modellprojekten Gebrauch machen. Umfassende und auswertbare Erkenntnisse zum Instrument der erweiterten Unterstützung sowie Informationen über Zahl der hierdurch vermeidbaren Betreuungen liegen noch nicht vor. In welchen Fallgestaltungen das Instrument der erweiterten Unterstützung rechtliche Betreuungen nachhaltig vermeiden hilft, muss angemessen und über einen längeren Zeitraum eruiert werden. Die Erkenntnisse werden im Anschluss analysiert.

**Fragenblock 2:**

„Kapitel 04 220

Gerichte der allgemeinen Verwaltungsgerichtsbarkeit

*Die meisten Asylerstanträge wurden in Deutschland im Jahr 2023 bisher in Nordrhein-Westfalen gestellt, dort waren es bis Ende August 43.432 Anträge.*

*Die aktuelle Flüchtlingssituation innerhalb und außerhalb Europas spitzt sich aktuell wieder zu. Rechtsstreitigkeiten um Asylverfahren werden voraussichtlich die Verwaltungsgerichte in Nordrhein-Westfalen stärker belasten. Eine hohe Arbeitsbelastung durch Asylrechtsverfahren könnte bei den Verwaltungsgerichten zur Folge haben, dass die Verfahrensdauer über alle Rechtsgebiete hinweg im Durchschnitt steigt.“*

**Fragen:**

2.1. *„Wie entwickelte sich der Anteil der Asylverfahren in Hauptsacheverfahren im Zeitraum vom 01.01.2022 bis 30.06.2023?*

*(Bitte für alle Verwaltungsgerichte gesondert darstellen)“*

2.2. *„Wie entwickelte sich die durchschnittliche Verfahrensdauer an den Verwaltungsgerichten vom 01.01.2022 bis 30.06.2023?*

*(Bitte getrennt für die einzelnen Verwaltungsgerichte darstellen)“*

**Antwort:** (zusammengefasst zu den Fragen 2.1 und 2.2)

Der Anteil der Asylverfahren in Hauptsacheverfahren sowie die durchschnittliche Verfahrensdauer an den Verwaltungsgerichten wird im Rahmen der Anordnung über die Erhebung von statistischen Daten in der Verwaltungsgerichtsbarkeit (VwG-Statistik) erfasst. Die Daten wurden aufgeschlüsselt nach den einzelnen Verwaltungsgerichten in den nachstehenden Anlagen 3 und 4 zusammengestellt.

**Frage:**

- 2.3. *„Mit welchen Maßnahmen wird die Landesregierung auf aktuelle und sich abzeichnende Mehraufwände reagieren, um einer Verlängerung der Verfahrensdauer über alle Rechtsgebiete hinweg entgegenzuwirken?“*

**Antwort:**

Es ist ein Ziel der Landesregierung, durch haushalterische und personalwirtschaftliche Maßnahmen Rahmenbedingungen zu schaffen, die eine zeitnahe Bearbeitung gerichtlicher Verfahren ermöglichen. Vor diesem Hintergrund ist die Verwaltungsgerichtsbarkeit in den vergangenen Jahren bedarfsgerecht verstärkt worden. Aktuell besteht durch die auskömmliche stellenmäßige Ausstattung der Verwaltungsgerichtsbarkeit kein weiterer Handlungsbedarf. Im Falle sich konkret abzeichnender Mehraufwände in der Verwaltungsgerichtsbarkeit werden Maßnahmen zu Verstärkungen zeitnah in Angriff genommen werden.

Darüber hinaus ist darauf hinzuweisen, dass sich ein Anstieg an Verfahren nicht automatisch auf die Verfahrensdauer auswirkt. So ist eine Verlängerung der durchschnittlichen Verfahrensdauer vielmehr ein Indiz für den Abbau älterer Verfahren in großer Anzahl, die häufig durch eine höhere Komplexität und spätere Erledigungsreife gekennzeichnet sind.

**Frage:**

*„Im Koalitionsvertrag vereinbarten die Koalitionspartner, dass das Oberverwaltungsgericht mit zusätzlichem Personal für die Bearbeitung von Windenergiesachen ausgestattet werden sollte.“*

- 2.4. *In welchem Umfang hat die Landesregierung dem Oberverwaltungsgericht seit Regierungsantritt zusätzliches Personal für die Bearbeitung von Windenergiesachen zur Verfügung gestellt?“*

**Antwort:**

Im Einvernehmen mit der Präsidentin des Oberverwaltungsgerichts des Landes Nordrhein-Westfalen stehen dem Oberverwaltungsgericht derzeit vier Planstellen für die Einrichtung eines Senats zur Bearbeitung der Angelegenheiten der Windenergieanlagen zur Verfügung. Damit wurde dem in organisatorischer sowie personeller Hinsicht erforderlichen Bedarf Rechnung getragen. Eine weitere personelle Verstärkung ist aktuell nicht erforderlich.

**Fragenblock 3:**

„Kapitel 04 410

Justizvollzugseinrichtungen

Titel 684 10

*Der Titel betrifft die Zuwendungen an freie Träger der Straffälligenhilfe (Beratungsstellen).*

*Der Haushaltsentwurf sieht eine Fortschreibung des Mittelansatzes in Höhe von 1.007.000 € vor.“*

**Frage:**

3.1. *„Welche Träger der Straffälligenhilfe werden gefördert?“*

**Antwort:**

Gefördert werden folgende Projekte:

- Arbeiterwohlfahrt Düsseldorf
- Diakonie für Bielefeld
- SKM Bielefeld
- SKF Bielefeld
- Aktion Straffälligenhilfe Bielefeld
- Kreis 74 Bielefeld
- Start 84 (Aidshilfe) Essen
- Chance Münster für Gelsenkirchen
- Stadt Hagen
- Chance Münster
- Chance Münster (früher Maßstab Köln)
- Straffälligenhilfe Aachen, jetzt ABK Neustart

**Frage:**

3.2. *„In welcher Höhe werden die Träger jeweils gefördert?“*

*(Bitte die verausgabten Mittel seit Anfang 2022 bis August 2023 aufschlüsseln)“*

**Antwort:**

Die Höhe der verausgabten Mittel ergibt sich aus der nachfolgenden Tabelle:

	2022		2023	
	Zugewiesen	Verausgabt	Zugewiesen	Verausgabt
Arbeiterwohlfahrt Düsseldorf:	148.363	148.363	148.363	64.987
Brücke Dortmund (früher AWO Duisburg):	0		0	
Beratungsstellenverbund Bielefeld:	0		0	
o Diakonie für Bielefeld	59.568	59.568	59.568	0
o SKM Bielefeld	10.804	10.804	10.804	0
o SKF Bielefeld	10.804	9.458	10.804	0
o Aktion Straffälligenhilfe Bielefeld	33.580	33.580	33.580	25.185
o Kreis 74 Bielefeld	33.580	33.580	33.580	14.295
Start 84 (Aidshilfe) Essen:	112.732	112.732	112.732	0
Chance Münster für Gelsenkirchen:	125.582	125.582	125.582	62.791
Stadt Hagen:	148.363	148.363	148.363	0
Chance Münster:	148.363	148.327	148.363	74.182
Chance Münster (früher Maßstab Köln):	140.186	105.033	140.186	0
Straffälligenhilfe Aachen, jetzt ABK Neustart:	35.043	34.042	35.043	24.520
Summe:	1.006.968	969.432	1.006.968	265.959
Ansatz:	1.007.000		1.007.000	

„Titel 684 30

*Der Titel betrifft das Modellprojekt für die Förderung gemeinnütziger Arbeit. Das Ministerium der Justiz fördert seit 1997 Vermittlungsstellen in freier Trägerschaft an den Standorten in Bochum, Düsseldorf, Duisburg, Essen, Geldern, Köln, Münster und Wuppertal. Der Haushaltsentwurf sieht eine Fortschreibung des Mittelansatzes in Höhe von 936.000 € vor.“*

**Frage**

3.3. „Welche Träger werden gefördert?“

**Antwort:**

Aus den Mittel für das Modellprojekt gemeinnützige Arbeit (Kapitel 04 210 Titel 684 20) werden folgende Projekte gefördert:

- AWO Familienglobus gGmbH Düsseldorf
- Caritasverband für die Stadt Duisburg
- Caritasverband Geldern-Kevelaer
- Wichernhaus Wuppertal
- Diakonisches Werk Essen
- Verein zur Förderung der Bew.hilfe Münster
- Hilfsverein Dortmund e. V. (2022)
- SKM Caritasverband Bochum/Wattenscheid
- Sozialdienst Katholischer Männer Köln

**Frage:**

3.4. „In welcher Höhe werden die Träger jeweils gefördert?  
(Bitte die verausgabten Mittel seit Anfang 2022 bis August 2023 aufschlüsseln)“

**Antwort:**

Die Höhe der verausgabten Mittel ergibt sich aus der nachfolgenden Tabelle:

	2022		2023	
	Zugewiesen	Verausgabt	Zugewiesen	Verausgabt
AWO Familienglobus gGmbH Düsseldorf:	27.000	27.000	31.200	0
Caritasverband für die Stadt Duisburg:	60.570	60.570	70.512	0
Caritasverband Geldern-Kevelaer:	67.500	67.168	93.600	59.429
Wichernhaus Wuppertal:	93.600	93.600	93.600	0
von Bodelschwingsche Stiftungen Bethel:	0		0	
Diakonisches Werk Essen:	93.600	93.600	93.600	0
Verein zur Förderung der Bew.hilfe Münster	38.250	38.111	44.200	10.920
Hilfsverein Dortmund e. V.:	54.000	0	0	
SKM Caritasverband Bochum/Wattenscheid	21.600	21.600	24.960	0
Sozialdienst Katholischer Männer Köln:	52.470	48.797	56.160	0
SKM Aufbruch gGmbH Bonn:	0		0	
Summe:	508.590	450.446	507.832	70.349
Ansatz:	936.000		936.000	

Anlage 1

Anzahl der Männer und Frauen, die derzeit unter Betreuung stehen	Stichtag 30.06.2023	
	männlich	weiblich
<b>Amtsgerichte</b>		
<b>Nordrhein-Westfalen</b>	142.307	122.140
<b>Oberlandesgerichtsbezirk Düsseldorf</b>	35.243	30.826
Düsseldorf	3.618	3.463
Neuss	2.165	1.980
Ratingen	450	439
Langenfeld	1.022	827
Dinslaken	650	575
Duisburg	1.471	1.281
Duisburg-Hamborn	973	835
Duisburg-Ruhrort	1.128	974
Mülheim	983	872
Oberhausen	1.239	1.119
Wesel	900	757
Emmerich	444	362
Geldern	988	751
Kleve	1.454	1.169
Moers	970	866
Rheinberg	889	897
Kempen	518	422
Krefeld	2.068	1.780
Nettetal	410	376
Erkelenz	1.103	1.052
Grevenbroich	767	620
Mönchengladbach	1.765	1.344
Mönchengladbach-Rheydt	1.323	1.082
Viersen	1.071	854
Mettmann	911	856
Remscheid	1.084	844
Solingen	1.374	1.227
Velbert	710	658
Wuppertal	2.795	2.544
<b>Oberlandesgerichtsbezirk Hamm</b>	75.161	63.971
Arnsberg	845	722
Brilon	545	489
Schmallenberg	347	254
Marsberg	425	315
Medebach	177	154
Menden	547	450
Meschede	403	339

Anzahl der Männer und Frauen, die derzeit unter Betreuung stehen	Stichtag 30.06.2023	
	Amtsgerichte	männlich
Soest	761	767
Warstein	479	306
Werl	515	407
Bielefeld	3.885	3.343
Bünde	556	444
Gütersloh	1.163	843
Halle	616	548
Herford	1.234	1.059
Lübbecke	453	446
Minden	1.592	1.231
Bad Oeynhausen	1.443	993
Rahden	673	529
Rheda-Wiedenbrück	660	611
Bochum	2.132	1.927
Herne	969	829
Recklinghausen	2.200	1.921
Herne-Wanne	613	544
Witten	720	631
Blomberg	324	267
Detmold	1.418	1.181
Lemgo	1.451	1.164
Castrop-Rauxel	639	546
Dortmund	5.351	4.472
Hamm	1.318	1.088
Kamen	805	716
Lünen	1.103	988
Unna	854	769
Bottrop	855	843
Dorsten	564	539
Essen	3.424	2.940
Essen-Borbeck	682	549
Essen-Steele	840	748
Gelsenkirchen	2.216	1.784
Gladbeck	713	681
Hattingen	441	414
Marl	1.024	963
Altena	409	284
Hagen	1.777	1.582
Iserlohn	1.240	1.113
Lüdenscheid	937	764

Anzahl der Männer und Frauen, die derzeit unter Betreuung stehen	Stichtag 30.06.2023	
	Amtsgerichte	männlich
Meinerzhagen	305	215
Plettenberg	193	185
Schwelm	834	726
Schwerte	352	319
Wetter	448	480
Ahaus	745	606
Ahlen	767	707
Beckum	692	542
Bocholt	743	681
Borken	1.211	876
Steinfurt	1.076	918
Coesfeld	744	879
Dülmen	406	571
Gronau	436	374
Ibbenbüren	732	628
Lüdinghausen	608	504
Münster	2.316	1.781
Rheine	909	739
Tecklenburg	701	627
Warendorf	805	674
Brakel	440	390
Delbrück	248	173
Höxter	364	320
Lippstadt	1.299	1.018
Paderborn	2.207	1.972
Warburg	487	347
Bad Berleburg	328	253
Lenneadt	352	299
Olpe	505	405
Siegen	1.570	1.265
<b>Oberlandesgerichtsbezirk Köln</b>	<b>31.903</b>	<b>27.343</b>
Aachen	3.453	2.962
Düren	2.316	1.868
Eschweiler	874	752
Geilenkirchen	954	943
Schleiden	668	422
Heinsberg	782	769
Jülich	552	480
Monschau	271	170
Bonn	2.568	2.531

Anzahl der Männer und Frauen, die derzeit unter Betreuung stehen	Stichtag 30.06.2023	
	Amtsgerichte	männlich
Euskirchen	1.476	1.087
Königswinter	428	371
Rheinbach	353	303
Siegburg	2.448	2.146
Waldbröl	855	696
Bergisch-Gladbach	1.167	895
Bergheim	1.001	939
Brühl	850	782
Gummersbach	1.141	976
Kerpen	702	667
Köln	6817	5729
Wipperfürth	584	452
Leverkusen	1412	1196
Wermelskirchen	231	207

Anlage 2

Fallanzahl pro Richter in Betreuungssachen, Unterbringungssachen sowie richterliche Rechtshilfesachen	2022		2. Quartal 2023	
	Amtsgerichte	Anträge	Anträge je Richter	Anträge
<b>Nordrhein-Westfalen</b>	153.328	560,92	35.986	125,86
<b>Oberlandesgerichtsbezirk Düsseldorf</b>	38.395	635,26	9.199	143,00
Düsseldorf	4.386	619,49	1.115	155,51
Neuss	2.659	621,26	648	152,47
Ratingen	485	629,87	115	164,29
Langenfeld	2.615	972,12	554	175,87
Dinslaken	1.005	1.005,00	264	195,56
Duisburg	2.957	676,66	703	159,41
Duisburg-Hamborn	962	632,89	217	140,91
Duisburg-Ruhrort	1.012	602,38	211	121,97
Mülheim	1.165	456,86	350	147,06
Oberhausen	1.959	675,52	398	120,61
Wesel	498	440,71	126	109,57
Emmerich	472	590,00	116	145,00
Geldern	636	578,18	155	140,91
Kleve	2.325	715,38	534	153,45
Moers	847	489,60	179	85,24
Rheinberg	1.076	853,97	167	106,37
Kempen	304	434,29	79	112,86
Krefeld	1.595	514,52	369	99,73
Nettetal	229	327,14	79	101,28
Erkelenz	766	547,14	204	145,71
Grevenbroich	517	461,61	119	111,21
Mönchengladbach	961	430,94	241	126,84
Mönchengladbach-Rheydt	1.420	871,17	390	236,36
Viersen	1.047	1.090,63	293	151,03
Mettmann	629	419,33	144	107,46
Remscheid	1.162	581,00	351	140,40
Solingen	996	630,38	198	103,13
Velbert	1.087	883,74	258	147,43
Wuppertal	2.623	627,51	622	177,71
<b>Oberlandesgerichtsbezirk Hamm</b>	78.821	544,72	18.311	123,66
Arnsberg	1.028	260,25	274	69,37
Brilon	522	745,71	121	151,25
Schmallenberg	199	406,12	35	55,56

Fallanzahl pro Richter in Betreuungssachen, Unterbringungssachen sowie richterliche Rechtshilfesachen	2022		2. Quartal 2023	
	Amtsgerichte	Anträge	Anträge je Richter	Anträge
Marsberg	1.065	832,03	316	175,56
Medebach	139	463,33	32	103,23
Menden	307	590,38	66	82,50
Meschede	284	423,88	64	98,46
Soest	615	564,22	160	124,03
Warstein	1.049	1.295,06	221	245,56
Werl	277	477,59	81	108,00
Bielefeld	3.244	501,39	722	120,74
Bünde	401	541,89	71	101,43
Gütersloh	1.413	359,54	276	70,77
Halle	380	400,00	89	80,91
Herford	1.590	662,50	379	151,60
Lübbecke	1.047	1.026,47	248	206,67
Minden	1.811	631,01	455	143,99
Bad Oeynhausen	985	462,44	213	101,43
Rahden	299	321,51	64	67,37
Rheda-Wiedenbrück	324	289,29	94	81,74
Bochum	2.185	526,51	518	117,73
Herne	771	405,79	191	100,53
Recklinghausen	2.458	588,04	600	116,50
Herne-Wanne	426	463,04	114	128,09
Witten	625	500,00	126	126,00
Blomberg	250	357,14	58	77,33
Detmold	1.342	541,13	367	141,15
Lemgo	1.213	473,83	275	125,00
Castrop-Rauxel	707	642,73	142	109,23
Dortmund	6.298	652,64	1.566	153,53
Hamm	1.068	518,45	257	98,09
Kamen	590	295,00	98	42,61
Lünen	895	414,35	218	100,93
Unna	565	376,67	118	78,67
Bottrop	832	650,00	182	121,33
Dorsten	425	477,53	97	144,78
Essen	3.724	484,27	810	108,00
Essen-Borbeck	882	882,00	221	221,00
Essen-Steele	540	490,91	120	96,77

Fallanzahl pro Richter in Betreuungssachen, Unterbringungssachen sowie richterliche Rechtshilfesachen	2022		2. Quartal 2023	
	Amtsgerichte	Anträge	Anträge je Richter	Anträge
Gelsenkirchen	2.403	635,71	516	151,76
Gladbeck	400	363,64	97	97,00
Hattingen	1.072	579,46	262	141,62
Marl	752	415,47	166	107,10
Altena	321	458,57	73	104,29
Hagen	2.108	945,29	708	283,20
Iserlohn	1.821	714,12	322	139,39
Lüdenscheid	1.191	850,71	237	169,29
Meinerzhagen	222	411,11	42	120,00
Plettenberg	147	326,67	29	60,42
Schwelm	556	452,03	118	98,33
Schwerte	366	915,00	71	177,50
Wetter	688	1.404,08	162	225,00
Ahaus	408	523,08	89	111,25
Ahlen	329	291,15	79	69,91
Beckum	359	390,22	96	101,05
Bocholt	591	557,55	133	115,65
Borken	750	535,71	177	126,43
Steinfurt	612	408,00	147	105,76
Coesfeld	772	376,59	207	125,45
Dülmen	871	609,09	187	124,67
Gronau	371	426,44	82	94,25
Ibbenbüren	460	386,55	78	65,00
Lüdinghausen	342	488,57	62	100,00
Münster	4.346	587,30	969	133,29
Rheine	966	402,50	236	98,33
Tecklenburg	894	468,06	193	115,57
Warendorf	1.241	800,65	317	156,16
Brakel	551	598,91	126	140,00
Delbrück	170	548,39	45	118,42
Höxter	299	553,70	75	156,25
Lippstadt	1.913	700,73	380	128,81
Paderborn	3.617	473,43	899	114,67
Warburg	302	413,70	62	93,94
Bad Berleburg	398	576,81	75	117,19
LenneStadt	335	549,18	63	71,59

Fallanzahl pro Richter in Betreuungssachen, Unterbringungssachen sowie richterliche Rechtshilfesachen	2022		2. Quartal 2023	
	Amtsgerichte	Anträge	Anträge je Richter	Anträge
Olpe	505	537,23	117	109,35
Siegen	2.597	799,08	555	192,04
<b>Oberlandesgerichtsbezirk Köln</b>	<b>36.112</b>	<b>529,42</b>	<b>8.476</b>	<b>115,29</b>
Aachen	4.400	692,91	992	146,96
Düren	4.022	723,38	922	121,32
Eschweiler	616	622,22	124	100,81
Geilenkirchen	1.418	709,00	342	117,93
Schleiden	298	551,85	75	94,94
Heinsberg	629	419,33	164	109,33
Jülich	415	471,59	119	125,26
Monschau	199	603,03	51	127,50
Bonn	5.052	487,64	1.162	112,82
Euskirchen	1.298	465,23	312	105,76
Königswinter	280	560,00	72	160,00
Rheinbach	279	435,94	72	112,50
Siegburg	1.928	593,23	363	106,76
Waldbröl	742	598,39	188	163,48
Bergisch-Gladbach	1.408	342,58	339	90,40
Bergheim	821	328,40	211	82,75
Brühl	871	645,19	182	107,06
Gummersbach	1.069	521,46	249	121,46
Kerpen	429	482,02	118	124,21
Köln	8.154	465,15	2.035	109,17
Wipperfürth	323	468,12	45	81,82
Leverkusen	1.282	827,10	287	168,82
Wermelskirchen	179	293,44	52	83,87

Anlage 3

Neuzugänge in Hauptverfahren bei den Verwaltungsgerichten des Landes Nordrhein-Westfalen - Asylkammern -			
Jahr	2022	I-2023	II-2023
<b>Verwaltungsgerichte NRW</b>			
- Hauptverfahren			
- Neuzugänge	12.957	3.661	3.584

Jahr	2022	I-2023	II-2023
<b>Verwaltungsgericht Aachen</b>			
- Hauptverfahren			
- Neuzugänge	1.556	418	428
<b>Verwaltungsgericht Arnsberg</b>			
- Hauptverfahren			
- Neuzugänge	2.029	594	569
<b>Verwaltungsgericht Düsseldorf</b>			
- Hauptverfahren			
- Neuzugänge	3.287	1.093	949
<b>Verwaltungsgericht Gelsenkirchen</b>			
- Hauptverfahren			
- Neuzugänge	1.246	399	560
<b>Verwaltungsgericht Köln</b>			
- Hauptverfahren			
- Neuzugänge	1.716	431	409
<b>Verwaltungsgericht Minden</b>			
- Hauptverfahren			
- Neuzugänge	1.527	353	351
<b>Verwaltungsgericht Münster</b>			
- Hauptverfahren			
- Neuzugänge	1.596	373	318

<b>Durchschnittliche Dauer je Verfahren in Monaten in Hauptverfahren bei den Verwaltungsgerichten des Landes Nordrhein-Westfalen - Kammern insgesamt -</b>			
<b>Jahr</b>	<b>2022</b>	<b>I-2023</b>	<b>II-2023</b>
<b>Verwaltungsgerichte NRW</b>			
- Hauptverfahren			
- Verfahrensdauer in Monaten	15,5	16,5	14,9

<b>Jahr</b>	<b>2022</b>	<b>I-2023</b>	<b>II-2023</b>
<b>Verwaltungsgericht Aachen</b>			
- Hauptverfahren			
- Verfahrensdauer in Monaten	16,2	16,4	15,9
<b>Verwaltungsgericht Arnsberg</b>			
- Hauptverfahren			
- Verfahrensdauer in Monaten	20,2	18,9	17,8
<b>Verwaltungsgericht Düsseldorf</b>			
- Hauptverfahren			
- Verfahrensdauer in Monaten	12,1	11,3	11,3
<b>Verwaltungsgericht Gelsenkirchen</b>			
- Hauptverfahren			
- Verfahrensdauer in Monaten	18,3	19,6	17,7
<b>Verwaltungsgericht Köln</b>			
- Hauptverfahren			
- Verfahrensdauer in Monaten	21,4	21,2	19,3
<b>Verwaltungsgericht Minden</b>			
- Hauptverfahren			
- Verfahrensdauer in Monaten	10,1	14,1	14,2
<b>Verwaltungsgericht Münster</b>			
- Hauptverfahren			
- Verfahrensdauer in Monaten	12,6	14,8	12,3